

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488  
Kedakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bettelgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104



## Mairuf!

Des Frühlings Banner wehen  
Am Himmel weiss und blau,  
In Duft und Blüte stehen  
Der Acker, Feld und Au,  
Es schmückt zum lichten Reigen  
Sich märchengrün der Wald  
Und jubelnd aus den Zweigen  
Das Lenzkonzert ertönt.

Der König ist gekommen,  
Der junge König Mai,  
Die Herzen, die bekommen,  
Die atmen wieder frei,  
Der Blick schaut mit Entzücken,  
Was jener Wunder schuf,  
Die Brutt, voll zum Erlichten,  
Löst sich in Jubelruf.

O süße Frühlingswonne,  
O helle Frühlingsluft,  
Es öffnet deiner Sonne  
Sich herze weit und Brust,  
Es schwelgen müde Augen  
Im leuchtend frischen Grün,  
Und stumpfe Nüstern saugen,  
Lenzodem einzuzieh'n.

So will der Welt eintriffen  
Ein blutenvoller Mai,  
Wo aus dem Menschheitsbrunnen  
Die Kräfte sprudeln frei,  
Wo Not und Gram vergangen  
Und alles Winterleid,  
Wo alle Seelen prangen  
Im lichten Frühlingskleid.

Das ist der All-Beireier,  
Das ist der Weltenmai,  
Zu dessen Zukunftsfeier  
Die Völker zieh'n herbei,  
Das ist die große Wende,  
Auf die das Herz vertraut,  
Wo alle Not ein Ende  
Und aller Klage laut.

Heraus aus euren Stuben,  
Heraus aus eurem Schacht,  
Heraus aus dumpfen Stuben  
In lichte Maierpracht,  
Aus Werkstatt und Fabrike,  
Proleten, all herbei,  
Zu weiden eure Blicke  
Am Mai, am Weltenmai!

In Nacht seid ihr geboren  
In tiefen Elends Nacht,  
Dem frohen Licht verloren,  
Gebeugt von roher Macht,  
Auf steinig rauhen Bahnen  
Führt eures Lebens Lauf --  
Nun fasst euch keck ein Ahnen,  
Nun drängt es euch herauf.

Herauf denn nun zum Lichte,  
Ihr Proletarier all!  
Macht ihr nun Weltgeschichte,  
Lenkt ihr den Erdenball!  
Herauf aus dunklen Tiefen,  
Herauf aus Nacht und Graun!  
Die Seelen, die da schliefen,  
Die sollen Wunder schau'n.

Ein liches Maierprangen  
Erfüllt die weite Welt,  
Ein Lenz ist aufgegangen,  
Von Duft und Glanz erhellt,  
Ein Lenzbeginn der Niedern,  
Die stets in Nacht gewohnt,  
Die stets mit Hirn und Gliedern  
Dem Getzen Macht gefroht.

Noch ist's erit ein Beginnen,  
Noch ist's Vollendung nicht,  
Doch heißt es ihn gewinnen  
Mit allem Glanz und Licht,  
Es soll ein Frühling werden,  
Wie keiner noch gewelt --  
Auf, rüftet um're Erden  
Zum Weltverjungungszeit!

Georg Meier

## Unsere Grenzstreitigkeiten.

Ein Wort zum Rangier Verbandstage.  
Von Heinrich Bürger.

II.

Um den besseren Ueberblick über die unterschiedlichen Resolutions-Erklärungen und Konferenzen zu sichern, werde ich die wesentlichsten Momente nach der Zeit bestimmter bezeichnen. Wir haben bisher also festzuhalten unsere Märzkonferenz 1904 (mit der Generalkommission und dem Transportarbeiterverband), unsere Märzkonferenz der Verbandsbeamten 1904 und unsere Märzresolution 1904, die auf Seite 202 in voriger Nummer abgedruckt ist. Diese näheren Bezeichnungen bitte ich festzuhalten, dann wird es dem Leser auch leichter, sich durch die mannigfachen Resolutionen und Konferenzen, mit denen wir uns zu befassen haben, zu finden. Was nun die Märzresolution von 1904 anbelangt, so ist es wichtig hervorzuheben, daß sie nach eingehender Aussprache über den Gegenstand und sorgfältiger Feststellung ihres Wortlautes einstimmig beschlossen wurde. Die Teilnehmer an der Mailkonferenz 1904 waren folgende: Voersch, Ahmann, Glatt, Band, Zug, Mohs, Schubert, Tittmer, Pinze und Bürger-Berlin, Schulz und Schönborg aus Hamburg, Altvater Stuttgart und Völkner Dresden. Dies mußte festgesetzt werden, um nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als ob in der Grenzstreitigkeitsfrage nur die Meinung einer einzigen Person zur Geltung gekommen wäre, oder nur der frühere Verbandsvorsitzende Voersch den Ton angab und alle anderen Beteiligten als Kulpen, wie der Sachausdruck in Berlin für meinungs- und urteilsunfähige Leute lautet, dageblieben hätten.

An der Tatfrage, die ich noch besonders behandeln werde, gilt dasselbe. Auch hier liegt, wie das aus unserer 1904er Märzresolution ersichtlich ist, die Gesamtaufassung der beteiligten Vorverbände zugrunde. Das gilt auch von dem oben erwähnten Artikel „Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik.“ — Der Artikel wurde in Montaguez eines Beschlusses unserer 1904er Mailkonferenz als Proklama zur Begründung der Märzresolution herausgegeben und hat dem gesamten Verbandsvorstande vor Eröfnen der Verhandlung und Beschlusfassung vorgelegen. Ferner hat unsere 1904er Oktober-Erklärung abgedruckt in Nr. 21, 1904, der „Gewerkschaft“ dem Verbandsvorstande in der Sitzung vom 7. Oktober zur Genehmigung und Beschlusfassung vorgelegen. An dieser Sitzung nahmen teil: Voersch, Ahmann, Glatt, Zug, Müller und Bürger. In dieser Erklärung sprach der Verbandsvorstand sein Bedauern aus, falls die „Zeitschrift“, wie wir den Artikel in Nr. 13, 1904, der „Gewerkschaft“, an dem Stadtwahlbezirklichen Magistrat und das Stadtwahlbezirklichen Kollegium in Berlin kurz nennen wollen, zu Mißverständnissen Anlaß gegeben haben sollte. Und endlich besaßte ich noch einmal am 25. September 1905 in Hamburg eine gemeinschaftliche Sitzung des Verbandsvorstandes und des Verbandsausschusses mit der Materie.

Wäre irgend einer Person die „Schuld“ für unsere Stellungnahme zu geben, wie es nach den Auslassungen des Correpondenzblattes der Generalkommission (S. 23), 1905, dabeilich geäußert sein soll, entwidrt gewiß nicht den Tatsachen. Dabei soll angegeben werden, daß vor dem einige Erklärungen oder Schriftstücke namens des Verbandsvorstandes in die Öffentlichkeit gingen, die vor ihrer Veröffentlichung entweder dem Verbandsvorstande gar nicht vorgelegen haben, oder auch allen Vorstandsmitgliedern nicht vorgelegen oder genügend Zeit gegeben worden war, hierzu Stellung zu nehmen. Das ist beinahe ohne der Fall mit dem Schreiben an den Berliner Überbürgermeister Müllner, das in der Sitzung der Berliner Stadtwahlbezirklichen Kollegium vom 10. März 1904 so großen Unwillen erregte und dem auch der Genosse Zinger entgegentrat. (Siehe Seite 142, 1904, der „Gewerkschaft“.)



Dieses Schreiben hat dem Verbandsvorstande also nicht vorgelegen und erst als es bereits abgeschickt war, hatte der Verfasser, unter damaliger Vorsitzender, einigen Vorstandsmitgliedern Kenntnis von dem Inhalt gegeben. Das bewußte Schreiben, es handelte sich um eine Maßregelung, war gerade nicht sehr diplomatisch abgefaßt gewesen, wofür auch der Umstand sprechen mag, daß die sozialdemokratischen Vertreter aus dem Noten Hause es nicht verteidigten.

Später wurde erst die Regel eingeführt, daß alle wichtigen Kundgebungen des Verbandsvorstandes diesem erst zur Beschlußfassung zu unterbreiten sind. Für jedes einzelne Schriftstück und jedes geäußerte Wort aus dem laufenden Geschäftsgang kann eine solche Regel nicht gelten und da muß der Verband sich schon auf die Geschicklichkeit und Gewandtheit seiner Funktionäre im mündlichen und schriftlichen Verkehr verlassen. Wo es hieran fehlt, wird es mit Sicherheit immer Differenzen geben. Das gilt nicht bloß für die hohe Politik, sondern auch für das Gewerkschaftsleben, Geschäftsleben und für den Privatverkehr. Ueber dieses hohe Maß Geschicklichkeit verfügt eben nicht immer derjenige, von dem man es dringend erwarten muß. Das können wir in der Diplomatie, in den Parlamenten und sonst wie im öffentlichen Leben fast täglich beobachten.

Auch bei unseren Grenzstreitigkeiten wurden einige ungeschickte oder unglückliche Wendungen, wie sie in dem erwähnten Schreiben an den Frankfurtermeister vordröner und insbesondere in dem Artikel „An den Magistrat und das Stadtverordneten Kollegium zu Berlin“ (Nr. 13, 1904 der „Gewerkschaft“) herausgefunden worden sind, angerechnet. Dies geschah u. a. von der Generalkommission. (Siehe Korrespondenzblatt 1904, Seite 458.) Dann wurde diese Sache von den Organen einiger anderer Gewerkschaften aufgegriffen, besonders soweit diese mit uns im Grenzstreit lagen und das sei ebenfalls zu geben, manche unserer Mitglieder nahmen an dem fraglichen Artikel, der dann noch eine große Rolle spielte, Anstoß. Aber das sei ganz nachdrücklich hier betont, unsere Mitglieder nahmen nicht Anstoß an unserer Stellung in der Grenzfrage, sondern sie griffen den Ton des mehrfach erwähnten Artikels an. Ohne hier weiter auf Einzelheiten der Tatsfrage einzugehen, sei nur beides und zur vollständigen Verhütung der Verwirrung gesagt, daß ich unter keinen Umständen für einen von uns das Monopol der Ungeschicklichkeit beanspruchende und glücklicherweise nicht man alle Tage, daß in den weitesten Kreisen in der Praxis gegen solche Annahme ein kräftiges veto eingelegt wird.

Soweit also Dummheiten von irgend einem Menschen gemacht werden, so hat man wenigstens den Nutzen, daraus zu lernen, wie man sie für die Zukunft vermeiden. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, als ob ich in unserer Stellungnahme in der Grenzstreitigkeitsfrage eine Generalummutt erblide. Es war bereits Juli 1904 geworden, als die Generalkommission glaubte, uns in fremdenständlicher Weise an unsern Massenbewußtsein erinnern zu müssen. Ende Juni 1904 hatte die „Gewerkschaft“ die im März und Mai 1904 abgeänderten Eingaben unserer Frankfurter Kollegen an den Frankfurter Magistrat veröffentlicht. (Spalte 306, 1904 der „G.“) In derselben Nummer der „Gewerkschaft“ stand auch die Denkschrift an den Berliner Magistrat und das Stadtverordneten Kollegium. Anoll ist Mitglied der Generalkommission, mein Bruder, daß er, als er auf Spalte 307 desselben Blattes die Steinigereingabe las, anfangs lächerlich zu bremsen. Eine passendere Gelegenheit, Madam zu schlagen, bot sich so leicht nicht wieder und nun folgte die Freipolemik, die unsere Mitglieder im Jahrgang 1904 der „Gewerkschaft“ nachlesen können. Im Inhaltsverzeichnis ist alles genau registriert. Intern 25. Juli schrieb uns Genosse Anoll im Auftrage des Vorstandes des Steinigerverbandes:

„In der vorletzten Nummer unseres Fachorganes haben wir auf Grund einer in der vorletzten Nr. Eures Blattes veröffentlichten Petition Stellung genommen gegen die Art Eures Vorgehens in Bezug auf die eine Organisation, in diesem Falle sogar eine wesentlich ältere Organisation besteht, als die Eure ist und die auch bisher schon in Betracht kommenden Arbeiter (Regieeinseiner) zu ihren Mitgliedern gezählt und deren Interessen wirksam vertreten hat.

So auf diesen Artikel bis jetzt keinerlei Gegenäußerung von Eurer Seite erfolgt ist, so sind wir gezwungen anzunehmen, daß Ihr die von Euch verfolgte Art, unberechtigter Weise in die Interessen anderer Organisationen einzubringen, auch weiterhin beizubehalten gewillt seid und werden von unserer Seite die zuständigen Instanzen angerufen werden, um uns in Zukunft dergleichen zu verwehren.“

Diese Art des schriftlichen Verkehrs ist jaust nicht annehmend, doch um zu prüfen inwiefern wir uns verständig hatten, erfolgte Anfrage bei unserem Stabsvorstand in Frankfurt a. M. Die Darstellung des Sachverhaltes zog sich etwas in die Länge, weshalb wir nicht sofort antworten konnten, auch des von Anoll angefügten Tones wegen nicht sofort antworten wollten. Wir erwidern, daß die Frankfurter Regieeinseiner überhaupt nicht organisiert waren, als sich einige von ihnen an den stollegen Schneidermann wenden mit der Bitte um Führung ihrer Sache. Schneidermann Darstellung bitten wir Spalte 442 1904 der „Gewerkschaft“ aufmerksam nachzulesen. Wir konnten also Anolls Ausführungen betreffs unserer „Einbrüche“ nicht ernst nehmen. Das ist ihm denn auch in unserem Blatte geantwortet worden. Anoll beschwerte sich dann über unseren Ton. Nun, ich habe

es noch immer so gehandhabt: Auf einen groben Mloy gehört ein grober Meil.

Anoll sagte mir bereits im Februar 1904 in einer großen Versammlung der Berliner Gärtner und Parkarbeiter, der er beizubohnte, ich weiß nicht mehr genau in welcher Eigenschaft, daß er wegen der Grenzfragen, er dachte da an die Hamburger Regieeinseiner, sich mit uns gelegentlich einmal besäßen werde. Wir sprachen in aller Ruhe über Bestrebungen des Steinigerverbandes, überall für Regiearbeit einzutreten, und daß, falls unser Verband alle diese Leute für sich reklamieren, der Steinigerverband dann nicht mehr bestehen könne.

Ich bedauere heute allerdings lebhaft, daß ich persönlich damals diesem Gedankengange nicht weiter nachgegangen bin. Man hätte durch eine gelegentliche Fortsetzung der persönlichen Aussprache den ganzen Zweifelskel vermeiden und einen für beide Teile annehmbaren Modus vivendi finden können. Aber der Zeitpunkt, wo einmal alle Steinigearbeiter in gemeindliche oder provinzielle Regie übernommen sein wird, war 1904 gewiß noch nicht in greifbare Nähe zu erblicken, weshalb ich für den Moment die Sache auf sich beruhen ließ.

Doch das waren alles nur wenige eilige Worte und ich war sehr erstaunt, später, unvermittelt so heftige und giftgeschwollene Angriffe auf unseren Verband von Anolls Seite zu lesen, ohne daß jemals eine mündliche Verhandlung der beiderseitigen Vorstände stattgefunden hätte oder vorgeschlagen worden wäre.

Ich habe für Anolls „Gewissvollheit“ höchstens nur die Erklärung, daß er von seinen Gewährsmännern nicht sachlich unterrichtet worden ist. Im übrigen weiß ich die Lage des Steinigerverbandes wohl zu würdigen, worauf ich noch näher eingehen werde.

Unter dem 3. September 1904 erhielten wir von Anoll wieder ein längeres Schreiben, indem er sich beschwerte, daß wir nicht sachlich genug seine Artikel behandelt hätten.

Wenn bei uns die Sachlichkeit nicht zu ihrem vollen Rechte gelangt sein sollte, so liegt das an der Art der Anollischen Polemik bei der alle Sachlichkeit in die Mütze geht.

Ich meine aber doch, daß wir uns der Zeit bemüht haben, Anolls sachliche Darlegungen, soweit solche vorhanden waren, zu würdigen. Anoll äußerte, da es sich in dem Grenzstreit mit ihm um die Hamburger Regieeinseiner und Hammer handelte, aus:

„In Hamburg ist die Zahl der unseren Verbände angehörenden Regieeinseiner, noch heute größer, als die Euren Verbände angehörenden. Zugegeben soll sein, daß beide Teile noch keine ausdifferenzierende Zahl derselben zur Zeit organisiert haben. Bis zum Jahre 1897 haben dieselben aber vollständig unserem Verbände angehört und sie sind damals zum größten Teil lebhaftig deshalb ausgeschieden, weil sie die festgesetzten Votalsbeiträge, die allerdings 7,50 Mk. pro Woche betragen, nicht zahlen wollten, die die anderen, und auch eine kleine Zahl Regiearbeiter redlich 40 Wochen lang bezahlt haben.“

Das sind diejenigen, von denen der Genosse Schönberg schreibt, daß sie die Anterstante des Genossen Anoll anzweifeln. Es ist die trüffeste Trüfflergerei, und die sollte eine andere Organisation sich hüten zu unterziehen, dadurch, daß sie solchen Leuten einen bequemen Unterschlupf gewährt. Bei uns und verschiedenen anderen Organisationen ist es Praxis, derartige Elemente auf Reklamation ihrer früheren Organisation abzuwecken oder ihnen zum mindesten aufzuerlegen, erst ihre Angelegenheiten in ihrer alten Organisation zu regeln, abgesehen von der Entscheidung der Frage, ob sie überhaupt aus allgemeinen Organisationsgründen in einer anderen Organisation Aufnahme finden können. Hierzu möchte ich einiges einschalten:

Erstens hat unser zurzeit gültiges Verbandsstatut (1903 1906) im § 4 folgende Bestimmung:

„Städtische resp. staatliche Arbeiter und Unterangeestellte, welche anderen gewerkschaftlichen Organisationen angehören, werden mientgeltlich aufgenommen, wenn sie ihren Verpflichtungen in ihrer früheren Organisation nachgekommen sind.“

Dieser Bestimmung ist, soweit mir bekannt, in unserem Verbandsstatut stets entprochen worden.

Zweitens ist mir nicht bekannt, daß uns auch nur ein einziger Antrag vorgelegen hätte auf Abweckung oder Nichtaufnahme eines Mitgliedes vom Steinigerverband oder einem anderen Verbände. Die Vorgänge, von denen Anoll hier spricht, lagen damals, als Hamburger Regieeinseiner und Hammer sich in geringer Zahl bei uns als bis dahin nichtorganisiert zum Beitritt melden, auch um fünf Jahre früher zurück. Unsere Hamburger Filiale wäre also nicht gut in der Lage gewesen, das gewerkschaftliche Vorleben jedes Eintretenden nachzuprüfen, zumal wo es sich um Dinge handelt, die schon so lange zurückliegen.

Uebrigens: wie kann Anoll dann behaupten, daß die bei uns 1902 oder 1903 Eintretenden gerade die Trüfflerger von 1897 waren? Dafür müßte, ehe man weiter über die Sache reden kann, der Nachweis erbracht werden. Anoll schreibt dann weiter, indem er einzelne Städte Revue passieren läßt:

„In Stuttgart haben wir trotz aller Bemühungen noch nicht Eingang finden können. Bei den ganz eigenartigen Verhältnissen im dortigen Steinigerverbande bezweifle ich allerdings auch, daß Euch das gelingen wird.“

Wieviel von den 30 V r e m e r Regieeinseignern unserem Verbände angehören, entzieht sich zurzeit meiner Kenntnis, aber jeden-

falls weiß ich das, daß dieselben in der Agitation von uns nicht vernachlässigt worden sind, und daß dieselbe auch schon Erfolge aufzuweisen hat. Hier sind es wieder die eigenartigen Wohn- und Wirtschaftsverhältnisse, welche die Agitation und Organisation erschweren.

In Frankfurt a. M. beträgt die Zahl Eurer Mitglieder bei den Regiearbeitern 6, bei uns allerdings zurzeit noch bloß 3 also 50 Proz. weniger als bei Euch.

Auch Hannover hat noch 30 Regiesteinseger. Auch da sind die Bemühungen, dieselben zu organisieren, unablässig von uns fortgesetzt worden, der Erfolg war freilich kein großer, aber auch Ihr richtet bei den Leuten, die ich alle fast persönlich kenne, nichts aus. Es sind das frühere Verbandsmitglieder, die fast alle bei ihrem Eintritt in städtische Dienste ihr Mitglied dranhin gelassen haben.

Es sind dann noch 30 Orte zu verzeichnen, in denen je 2 bis 10 Regiearbeiter beschäftigt werden, die, soweit sie überhaupt organisiert sind, unserem Verbands angehören. Nur in Rürberg habt Ihr ein paar Mann, die mir aber schon früher erklärt haben, daß sie bei einem Erstarken unseres Verbandes wieder zu demselben zurücktreten werden. Diese Voraussetzung ist jetzt erfüllt.

Es gibt also in ganz Deutschland zirka 200 Regiesteinseger und Manner, wovon unserem Verbands zirka 250-300 und Eurem im besten Falle 100 angehören. Es ist damit also wohl — sofern man die Verechtigung der von Euch aufgestellten Resolution überhaupt anerkennen will — die Voraussetzung des letzten Tages derselben erfüllt. Trotzdem habt Ihr danach nicht gehandelt.

Das hätte mich nicht veranlaßt das Wort in der Öffentlichkeit zu ergreifen. Unser Verband hätte mit seinen Beschwerden gegen Euch genau so gewartet, wie das die zahlreichen anderen Organisationen, die dieselben Beschwerden haben, auch tun wollten. Ihr irt Euch eben, wenn Ihr annehmt, daß diejenigen, die bis jetzt das Wort in der von mir gestellten grundsätzlichen Frage, die Ihr ja auch abdruckt, nicht genommen haben, auf die Dauer schwächen werden. Was mich veranlaßt, Alarm zu schlagen, war die Tatsache, daß durch das Vorgehen Eurer Gewerkschaft in Frankfurt die wirtschaftlichen Interessen unserer Mitglieder dort im höchsten Maße gefährdet wurden — — — — — daß dabei auch Eure Taktik im allgemeinen einer Verleumdung unterzogen wurde, was zur Aufklärung der in Betracht kommenden Arbeiter notwendig; denn wer die Steinsegerbewegung und ihre Kämpfe kennt, weiß, daß dieselben auf Grund einer derartigen Taktik nicht ausgefochten werden können.

Ansch machte dann folgende Vorschläge zur Beilegung der Differenzen:

1. Ihr gebt uns die bindende Erklärung, daß Ihr auf die Agitation unter den Regiesteinseger und Mannern verzichtet. Sofern sich solche dennoch bei Euch melden sollten, ist denselben ein Hinweis zu geben, daß für sie eine andere Organisation zuständig ist, eben unser Verband.

2. Wo zurzeit Regiesteinseger und Manner Eurem Verbands angehören, hat eine Zusammenkunft der beiderseitigen Filialvorstände stattzufinden, zu der die Eurem Verbands angehörigen Regiesteinseger usw. zuzuziehen sind und denselben klar gemacht wird, daß sie unserem Verbands beizutreten haben. Sollen sie trotzdem bei Euch bleiben, so steht dem nichts im Wege. Bei Lohnbewegungen an dem betreffenden Orte haben dieselben dem von unserer Organisation gefassten Beschlüsse Rechnung zu tragen. Natürlich sind Beschlüsse in letzterer Beziehung unter Einziehung Eurer Erlaubnis zu fassen.

Unser Verbandsvorstand erklärte sich darauf bereit zu einer Verhandlung in Hamburg, zu welcher unsere Mitglieder und die Mitglieder des Steinsegerverbandes sowie die beiderseitigen Filialverwaltungen einzuladen seien. Diese Verhandlungen fanden am 25. September 1904 statt. Ein gleiches sagten wir bezüglich Frankfurt zu. Das Resultat der Hamburger Verhandlung war, daß die bei uns organisierten Steinseger und Manner erklärten, in unserem Verbands bleiben zu wollen.

In Frankfurt kam es nicht mehr zu Verhandlungen. Die Presse wurde unsererseits eingeklärt und nur noch einige Erklärungen gebracht.

Wir wollten nur noch die Hamburger Regiesteinseger in einer Versammlung selbst und definitiv entscheiden lassen, in welchem Verbands sie sich organisieren wollten. Das teilten wir Ihnen mit. Darauf erhielten wir von ihm unterm 4. Oktober 1904 den Bescheid, daß der Steinsegerverband das jetzt eingeschlagene Verfahren als ein die Frage prinzipiell klärendes nicht anerkennen kann. Wortlich heißt es dann weiter:

„Wir versprechen aus deshalb auch nichts von einer Versammlung der Hamburger Regiearbeiter, weil auch diese nicht dazu berufen ist, die Frage, welcher Organisation die Regiesteinseger grundsätzlich anzugehören haben, zu entscheiden.“

Ich halte dieses von Euch eingeschlagene Verfahren auch nicht einmal für ein besonders Ehrliches...“

Beiter:

„Kurz: Unser Verband hat keine Lust, die Frage durch künstliche beeinflusste Abstimmungen in einzelnen Orten verzerren zu lassen, wir bestehen viel mehr darauf, daß in derselben eine prinzipielle Klarstellung erfolgt. Und wir sind sicher, daß diese nicht in dem Sinne erfolgen wird, wie Ihr das gern wollt. Auf alle Fälle erkläre ich Euch namens unseres Verbandes und des Vorstandes desselben, daß wir überall da, wo wir es im Interesse der gesamten Steinsegerbewegung für notwendig halten, etwaigen Aktionen von Eurer Seite auf unserem Gebiete nicht bloß dadurch entgegenzutreten, daß wir Euer Vorgehen in der Presse desavouieren, sondern nötigenfalls auch an die Behörden herantreten werden. Wenn dann die Arbeiterinteressen darunter leiden sollten, dann trifft Euch die Schuld, weil Ihr Organisationsinteressen höher stellt als Arbeiterinteressen.“

Natürlich konnte eine so von Unterstellungen und Drohungen umwundene Korrespondenz nichts bezwecken.

Am 21. 26. Oktober 1904 tagte die erste Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände, welche sich u. a. auch mit speziell unserer Grenzstreitigkeit befaßte. Unsere damaligen Vertreter legten gegen die einseitige Behandlung, die nur unseren Verbands heranzog, Verwahrung ein. Nach längerer Debatte, in welcher unser Standpunkt angegriffen wurde, kam die Konferenz, wir zitieren nach dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission Nr. 44 1904, zu dem Entschluß, daß nicht willkürlich von einem Verbands die Agitation auf Arbeiter ausgeübt werden könne, die anderen Verbands angehören, und nahm den folgenden Antrag an:

„Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist anzuerkennen für das Arbeiter-, Verwaltungs- und Hauspersonal der städtischen, provinziellen und staatlichen Wasser-, Licht- und Kraftwerke, Krankenhäuser, Heil- und Verpflegungsinstitutionen, Schulhäuser, Museen, sowie für das Personal im städtischen Sanitations- und Strafreinigungs-, Desinfektions- und Vererdigungs-wesen.“

Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist nicht anzuerkennen für solche städtische Regiebetriebe, in denen gewerbliche Arbeiter sowie Verkehrsangestellte beschäftigt sind.

Soweit vereinzelte gewerbliche Arbeiter innerhalb städtischer Anstalten dauernd angestellt sind (sogenannte Betriebsfremde Arbeiter), ist gegen deren Organisation im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter nichts einzuwenden; doch darf ein Druck auf solche bereits einem anderen Verbands angehörige Arbeiter nicht ausgeübt werden, um sie zum Uebertritt zum Verbands der Gemeindearbeiter zu bewegen.“

Bezüglich der Arbeiter in Licht- und Kraftwerken wurde auf Anfrage unter Zustimmung der Konferenz erklärt, daß es sich nicht um gewerbliche Arbeiter wie z. B. Monteure und Kohrleger handle, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, daß diese vielmehr nach wie vor zu ihren Berufsorganisationen herangezogen werden sollen. Nach dieser Abgrenzung des Agitationsgebietes wird sich ein friedliches Neben- und Miteinanderarbeiten mit dem Verband der Gemeindearbeiter ermöglichen lassen, nicht aber, wenn dieser fortfährt, seine Agitation auf Steinseger, Quaiarbeiter, Straßenbahner usw., die in Regiebetrieben arbeiten, auszuüben.

Auch über die Grundzüge im gewerkschaftlichen Kampfe, wie sie von dem Vorstands des Verbandes in einer an den Oberbürgermeister von Berlin gerichteten und in Nr. 13 des Verbandsorgans „Die Gewerkschaft“ vom Jahre 1904 veröffentlichten Denkschrift zum Ausdruck kommen und in der erwähnten vom Verbandsvorstands herausgegebenen Broschüre näher begründet sind, kam es in der Konferenz zu einer Ansprache. Die Vorstandsbereiter erklärten einstimmig bei einer Stimmenthaltung, daß diese Grundzüge nicht den Anschauungen entsprechen, die in den modernen Gewerkschaften Geltung haben und Geltung behalten sollen. Die Gewerkschaften sollen ihre Mitglieder zu selbstbewußten Männern erziehen, die nicht um geringer Vorteile willen auf eines der ihnen zustehenden Rechte verzichten. Dieser Grundgedanke müsse auch in den Gewerkschaften aufrecht erhalten werden, die sich einer besonderen Taktik bei Vertretung ihrer Forderungen bedienen.

Die Begründung des Beschlusses dieser Konferenz schon in mehreren Punkten neben das Ziel. Einmal ist die eigenartige Situation der städtischen Arbeiter nicht genügend gewürdigt worden, und zum anderen auch nicht unsere abgegebenen Erklärungen. Auch unsere Oktober-Erklärung von 1904 ist gar nicht beachtet worden.

Als am 10. März 1904 im Roten Hause in Berlin Stellung gegen unseren Verband genommen wurde wegen des Schreibens an den Oberbürgermeister, da hat die Generalkommission geschwiegen. Sie fand kein Wort zu unserer Unterfertigung, obwohl das anstößeregende Schreiben in der ersten Abwehr und Erklärung über den forschenden Angriff auf das Koalitionsrecht in den Krankenhäusern abgefaßt worden war. Hier galt es gewerkschaftliche Interessen und Grundzüge zu vertreten. Die damaligen Maßregelungen unserer Verbandsmitglieder konnten der Generalkommission nicht unbekannt sein, denn die von ihr gezeigte Tendenz hing doch mit den Maßregelungen aufs innigste zusammen. Hier glaubte also die Generalkommission gegen die ange-



lich versumpfende Taktik eines Verbandes vorgehen zu sollen. Wahrscheinlich glaubte sie bei einer kleineren Organisation ihre Autorität zeigen zu sollen. In die internen Fragen anderer größerer Verbände hütet sie sich sehr hineinzureden. Der gegen unseren Verband ausgefallene Beschluß der Konferenz der Vorstandsvertreter ist, das wurde von uns damals betont, darauf zurückzuführen, daß den meisten Vertretern die Verhältnisse in den Gemeinden nicht klar genug waren. Wären einige ältere erfahrene Stadterordnete unter ihnen gewesen, die hätten den übrigen Genossen auseinandergesetzt, daß der Weg, den wir beschritten haben, der gangbarste ist.

Mit dem Genossen Knoll hatten wir noch zwei kleine Rentontres. Einmal in München, das andere Mal in Mülhausen i. El. Der Münchener Vorgang ist auch recht bezeichnend. In Nr. 30/04 der „Gewerkschaft“ befindet sich ein Bericht einer Versammlung, die zur Frage der allgemeinen Lohnregulierung Stellung nahm. Hierbei gelaub auch der Pfasterer Erwähnung. Die Sätze der aufgestellten Lohnskala waren zunächst nur vorschlagsweise gemacht worden. Eine spätere Versammlung sollte erst endgültig die Forderungen beschließen. Knoll protestiert am 18. November 1904 gegen den Versuch, die Pfasterer damit hineinzuziehen. Der Steinlegerverband habe in München eine Filiale und andere Lohnsätze gefordert. Wir schickten die Sache sofort an unsere Filialeleitung in München und baten um Aufklärung. Unterm 24. November antworteten wir dem Vorstände des Steinlegerverbandes wörtlich das folgende:

„Auf Euer Schreiben vom 18. d. M. teilen wir nach erhaltener Auskunft aus München mit, daß unsere dortige Filialeleitung gar nicht an einen Grenzkrieg denkt, ebensowenig ist es unsere Absicht, Euch dort Mitglieder wegzunehmen zu wollen, noch in Eure Lohnbewegung einzugreifen. Die Pfasterer kamen nur dadurch mit in unsere Aufstellung, weil sie in den Skalen der allgemeinen Arbeitsordnung aufgeführt sind und aus ihren Reihen diesbezügliche Anträge einfließen. Die in Rede stehenden Forderungen waren übrigens nur vorläufige und sind auch zurzeit noch nicht formuliert. Jedenfalls hat unsere Münchener Filialeleitung die Pfasterer in dem jetzt in der Filiale zur Beratung stehenden Entwurf der Eingabe gestrichen und uns gegenüber erklärt, daß sie sich den Pfasterern gegenüber passiv verhalte und Euch gern auf diesem Gebiete als zuständig ansehen wird. Im übrigen sind alle weiteren Schlussfolgerungen Eurer Zuschrift unzutreffend.“

Am 20. November 1904 schreibt uns Knoll in derselben Sache, daß er unierer Darstellung nicht laube, er habe von München anderen Bescheid durch seinen Filialvorstand erhalten, wonach unser Verband ihm ins Handwerk pfeifen wolle usw. Wahrscheinlich hatte man dem Genossen Knoll eine der ursprünglichen gedruckten Vorlagen zugehen lassen. Um sicher zu gehen, schickten wir die neue Knollsche Beschwerde wieder nach München und unser damaliger Filialleiter wurde ungemütlich und antwortete in baprischer Art wie folgt:

Abdruck. München, den 6. Dezember 1904.

W. G. I.

Wir sind erstaunt, nochmals wegen des Genossen Knoll schreiben zu müssen, ich habe doch klar und bestimmt erklärt, daß wir uns um die Pfasterer nicht kümmern. Die gedruckte Vorlage einer Arbeitsordnung, welche Sie selbst, wenn ich nicht irre, in Händen haben, und welche Genosse Knoll meint, war nicht als Eingabe bestimmt, sondern 400 Exemplare wurden in der Versammlung verteilt, damit die Anwesenden dieselbe lesen konnten und eventuelle Änderungen beantragen sollten, was auch geschehen ist. Die Leute können auch dem besten Vortrage in einer solchen Sache nicht folgen, so haben sie die Vorlage mit nach Hause genommen, ruhig durchgedacht und sind dann mit besseren Vorschlägen zu mir gekommen, wir haben dann den Vorschlägen Rechnung getragen. Der Satz beim Drucker ist stehen geblieben, derselbe wird etwas geändert werden. Die richtige Arbeitsordnung nebst Begründung, welche für den Magistrat bestimmt ist, befindet sich momentan im Druck und wird Euch in einer Woche zugehen.

Die weiteren Sätze Knolls, wir verhielten bei den Pfasterern zu agitieren, dieselben müßten Zeit aufwenden zur Abwehr gegen uns, beruhen direkt auf Unwahrheit. Noch mit seinem Wort und in keiner Versammlung ist etwas Ähnliches gesprochen und wird auch in Zukunft nicht von unserer Seite gesprochen. Die bisherige Verwaltung hat sich in dieser Sache auch neutral gehalten, mußte es schon, weil eine agitatorische Strafe, welche zu etwas unternehmen könnte, nicht vorhanden war.

Wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe, freien Gewerkschaften Mitglieder wegzunehmen, sondern suchen Unorganisierte und Einzelne aufzunehmen zu können. Letztere sind hier dem Pfastererverband sowohl wie uns gefährlich. Dahin möge Knoll seine Angriffe richten und unsere Arbeit nicht stören, ich bin zierlich 14 Jahre agitatorisch tätig, ich kenne unsere Prinzipien durch und durch, beantrage daher auch von Knoll, daß er meinen Worten Glauben schenkt. Tut er es nicht, betrachte ich ihn als einen Laceranten, der Gehänter sieht, wo keine vorhanden sind, und werde keine Zeit mehr mit ihm verschwenden. Ich werde vom hiesigen Vorstand der Pfasterer, welcher mir als Genosse längere Zeit bekannt ist, die Beweise verlangen über die Unrichtigkeiten, welche er angeblich Knoll berichtet hat.“

Diese Antwort übermittelten wir wieder dem Genossen Knoll, und obgleich für jeden vernünftigen Menschen die Angekommenheit durch unseren vorstehend wiedergegebenen Brief vom 21. November erledigt sein mußte, macht Knoll eine lange Aktion daraus und bombardiert uns noch im Januar 1905 mit Zuschriften seines Münchener Filialvorstandes, in denen uns zum Vorwurf gemacht wird, daß unsere Münchener Filialeleitung versucht haben sollte, die im Steinlegerverband organisierten Steinleger mit Gewalt zum Uebertritt in den Gemeindearbeiterverband zu zwingen. Nachdem dies Vorhaben gescheitert sei, sollen unsere Mitglieder die Mitglieder des Steinlegerverbandes deshalb als indifferente Leute beschimpft haben und unseren Verbandsvorstand mit falschen Berichten traktiert haben. Das sind alles Dinge, von denen unserem ganzen Verbandsvorstand nichts bekannt war und wofür ihn kein Beweis geführt worden ist.

Die Antwort unserer Münchener Kollegen ist in der in voriger Nummer erwähnten Knollschen Proschüre auf Seite 24 abgedruckt und als Beweis zu gelten, daß unser Verband die Anträge auf gemeinsamen Arbeiten brüsk ablehne.

Am 7. Januar 1906 schrieb uns die Generalkommission, daß der Vorstand des Steinlegerverbandes sich über unseren Gauleiter Altvater bedauert habe. Kollege Altvater sollte im Mülhauser Gewerkschaftskartell seine Enttötung darüber ausgesprochen haben, daß dieses nicht die Steinleger unserem Verbandszugehörigkeit habe und soll eine Gegenagitation gegen den Steinlegerverband eingeleitet haben. Dann heißt es weiter:

„Wir nehmen an, daß dem Vorstände von diesem Vorhaben des Gaubeamten nichts bekannt ist. Da aber diese Agitation im direkten Widerspruch mit dem Beschluß der Konferenz der Zentralvorstände vom Oktober 1904 steht (siehe Corr.-Bl. Seite 741 1904), so wird wohl der Vorstand Veranlassung nehmen, den Genossen Altvater auf das Unzulässige dieser Agitation hinzuweisen. Dem Gewerkschaftskartell haben wir ebenfalls Mitteilung gemacht und erachtet, falls die Angaben zutreffend sind, dieser Agitation entgegenzutreten.“

Die Angaben waren aber nicht zutreffend.

Wir legten uns sogleich mit unierer Filiale Mülhausen und dem Kollegen Altvater in Verbindung. Unsere Feststellungen erlitten einigen Aufschub, da unser alter langjähriger Filialleiter Dentel in Mülhausen sowohl als auch der Kollege Altvater erkrankt waren. Unsere Filiale Mülhausen war naturgemäß nach unserer 1904er Maireresolution aufgebaut und demgemäß gehörten ihr auch diverse bei der Stadt beschäftigte Handwerker an, darunter auch einige Pfasterer- und Steinrichter.

Während der Abwesenheit unseres Filialleiters, der zur Kur in der Schweiz war, kam Genosse Knoll nach Mülhausen und veranstaltete u. a. auch Mitglieder unseres Verbandes zum Uebertritt in seinen Verband. Augenscheinlich hat Knoll auch das Kartell in Mülhausen gegen uns mobil gemacht. Es kam im Kartell zu einer gestrigen Aussprache, in welcher unsere Vertreter, wie das gar nicht anders sein kann, vom Standpunkte unserer Maireresolution ihre Sache vertreten und den allgemeinen Einbruch in unsere Filiale, zu dem da ein Signal gegeben war, zurückwiesen. Unsere Mitglieder, auch die Steinrichter und ein Pfasterer, erklärten kategorisch, daß sie in unserem Verbands bleiben wollen. Sie ließen sich über ihre Verbandszugehörigkeit keine Vorschriften machen, noch weniger ließen sie sich von irgend einer Instanz vor schreiben, wo sie sich organisieren sollen. Sie hätten eben die Ueberzeugung, daß sie als städtische Arbeiter gemeinsam in unserem Verbands mehr erreichen, als wenn sie zusammenhanglos in einem Duzend verschiedener Verbände seien. Das gebiete auch schon die Vorstadt den „Christlichen“ gegenüber, die ebenfalls die Gemeindearbeiter einheitslich zu organisieren versuchen. Wie sehr in den städtischen Betrieben eins ins andere greift, ergibt auch die Zusammenstellung der Wahlgruppen zum Arbeiterauschuss in Mülhausen. J. R. gehören zusammen: Fuhrmänner, Mechtisch-abuhr und Straßenreinigung. — Alle Handwerker und Arbeiter der städtischen Hochbauabteilung. Ebenso der städtische Tiefbau. Ferner Gartenanlagen, Theater, Schlachthaus, Kammwerk und Feuerwehr. Die städtischen Arbeiter Mülhausens erklären, unter keinen Umständen in zierlich 10 verschiedenen Organisationen ihre Arbeit gerillert zu lassen. Das würde nach ihrer festen Ueberzeugung der Fall sein, wenn sie der Resolution der Vorstandskonferenz folgen. Sie meinen ferner, daß, wenn sie sich dem Vorhinein irgend einer gewerkschaftlichen Maireresicht unterwerfen sollen, sie auch gefragt werden müssen, ob sie das auch wollen und ob das auch ratsam ist.

Also auch in Mülhausen organisiert unser Verband die noch von aller Gewerkschaftsbewegung unbedeckten städtischen Arbeiter, dann kommen andere und wollen bei uns rufen, so drückt sich unser Kollege Dentel nämlich aus, und dann schreibt Knoll, unser Verband bräche bei ihm und anderwärts ein. Unsere Mülhauser Kollegen haben aber auf wiederholte Anfrage von uns erklärt, daß sie bei keinem einzigen Mitgliede, das einem anderen Verbands angehört, verjurdt haben, es zu uns herüberzuziehen.

Dies wäre also das gesamte vorliegende Tatsachenmaterial. Ich habe mich bemüht, nur solche Momente ausführlicher zu behandeln, die bisher in der „Gewerkschaft“ nicht zur Sprache gebracht werden konnten. Es war indessen schon vor zwei Jahren meine Absicht, kurz vorm Verbandstage die ganze Frage aufzurollen und kritisch zu beleuchten.

Wiederholungen solcher Dinge, die schon 1904 ausführlich gesagt worden sind, habe ich nach Möglichkeit vermieden und deshalb auf die betreffenden Stellen in der „Gewerkschaft“ verwiesen. Unsere Delegierten werden daher gut tun, alle diese Einzelheiten nachzulesen. Vor allen Dingen bitte ich die sehr wichtigen Ausführungen des bekannten hervorragenden parteigenösslichen stromunabhängigen Dr. Lindenmann über kommunale Lohnpolitik in Nr. 20 der „Gewerkschaft“ vom Jahre 1904 nicht zu übersehen.

Wir können nun zu der knollischen Broschüre, und bevor wir an ihre Zurückweisung (meine bisherigen Ausführungen dienen schon als Fundament dazu) gehen, will ich das Vorwort zu der diesjährigen Konferenz der Vertreter der Zentralverbände, worüber der Bericht in Nr. 12 und 13 der „Gewerkschaft“ abgedruckt ist, beleuchten. Die Konferenz tagte bekanntlich in der Woche vom 19. bis 23. Februar.

Am 23. Januar erhielten wir vom Vorstand des Steinsegerverbandes folgendes Schreiben:

Werte Genossen! Wie Euch bekannt ist, wird sich die demnächst stattfindende Konferenz der Zentralverbände in erster Linie mit der Regelung der sogenannten Grenzstreitigkeitenfrage beschäftigen. Möglicherweise ist Euch auch schon das diesbezügliche Material von Seiten der Generalkommission zugeestellt worden.

Wie das in der Natur der Sache liegt, hat die Generalkommission keinen Vorschlag finden können, der eine ganz präzise Regelung der Frage involviert. Es kommt dabei viel auf die Auslegung und den guten Willen, sich zu vertragen, an. Wenn jede Gewerkschaft so wie unser Verband bestrebt wäre, ein freundschaftliches Verhältnis mit den nächstverwandten Organisationen aufrecht zu erhalten und deren Interessensphären streng zu respektieren, dann gäbe es keine Grenzstreitigkeiten. Der Verband der Steinarbeiter wird das sicher gern befehlen.

Um zur Sache zu kommen. Zu denen, die die Integrität unserer Organisation bisher am schwersten bedroht haben, gehört der Verband der Gemeinde- u. Arbeiter. Unsere Vorschläge zu einem friedlichen Nebeneinanderarbeiten sind bis jetzt von Euch nicht beachtet worden und wenn sich Eure Agitationspraxis nicht ändert, bezw. die leitenden Körperschaften Eures Verbandes dieselbe nicht zu ändern gewillt sind, dann wird dieses recht unliebliche Verhältnis leider auch in Zukunft bestehen bleiben. Uns ist daran nicht gelegen. Andererseits handelt es sich für unseren Verband aber um eine Lebensfrage. Wir bitten das recht sehr zu beachten.

Wir sehen uns deshalb veranlaßt, Euch die nachstehenden Fragen vorzulegen, um deren Beantwortung wir eruchen. Sind wir innerhalb 14 Tagen nicht im Besitz einer zureichenden Antwort, dann nehmen wir an, daß Ihr eine solche ablehnt und sind wir dann genötigt, an die Konferenz mit weiteren speziellen Anträgen heran zu treten.

Dieser gedruckt gedruckte Passus enthält wieder jenen Ton, der im Verkehr mit Vorständen anderer Verbände in keiner Beziehung angemessen erscheint. Deshalb hat Knoll auch kein Recht in seiner Proschüre auf Seite 23 sich darüber aufzuregen, daß er überhaupt keine Antwort erhielt.

Die gestellten Fragen lauten:

Frage 1. Ist der Verband der Gemeinde- u. Arbeiter gewillt, in Zukunft die Agitation unter den in Regiebetrieben beschäftigten Steinsegerern, Filialerern, Kammerern zu unterlassen und solche als Mitglieder nicht mehr aufzunehmen; auch eine diesbezügliche Meinung an seine Funktionäre zu erlassen?

Frage 2. Welche Stellung bezieht die Leitung des Verbandes der Gemeindegewerkschaften bezüglich der bis jetzt ihm angehörenden Steinseger usw. einzunehmen, falls dieselben im Falle eines Streiks in den Privatbetrieben derselben Branche zur Fortführung der von den Streikenden verlassenen Arbeiten kommandiert werden? (NB.) Diese Frage ist von praktischer Bedeutung bis jetzt ja nur in Hamburg.

Zur Frage 1 sei bemerkt, daß sich dieselbe auf einzelne sogenannte betriebsfremde Arbeiter nicht bezieht; bezüglich solcher haben wir nichts dagegen einzunehmen, wenn sich solche der zuständigen Organisation ihres Betriebes anschließen.

Eine etwaige Erklärung zur Frage 1 müßte auch im Organ Eures Verbandes erfolgen.

Dieses Schreiben sowie auch die von der Generalkommission vorgelegene Resolution betreffend die Grenzstreitigkeiten im allgemeinen\*) vervielköpfigt wir nach Em.: ang und verbanden Beides an den Verbandsausschuß, unsere Gauleiter und größeren Filialen zur Ausherrung. Nach Eingang aller Antworten an uns hätte auch Genosse Knoll beziehungsweise der Vorstand des Steinsegerverbandes eine Antwort von uns erhalten. Wir erhielten die letzte Zuschrift aus den Kreisen unserer Funktionäre am 12. Februar und am 13. Februar verspricht Knoll bereits seine Schmachdrift gegen unseren Verband . . . . .

In dem Begleitschreiben steht unter anderem auch der Satz: „Wir sind der Meinung, daß die in der Schrift aufgerollte Frage einer eingehenden Besprechung bedarf, sowie daß dieselbe nicht ohne weiteres mit dem Kapitel „Grenzstreitigkeiten“ zu bequiden ist.“

Nun noch ein Auszug aus dem Antworten die wir auf die knollischen Fragen aus unseren Verbandskreisen erhielten:

Schäfer, Köln: „In meinem Bezirk besteht ein gutes Verhältnis mit dem Steinsegerverbande. In Elberfeld und Düren sind die Regieplasterer und Kammer schon lange im Steinsegerverbande organisiert und es ist ausgeschlossen, daß ich jemals einen Versuch unternehme die Genossen aus diesem Verbande herauszuholen. Wo ich in Sachen der Steinseger bisher bei Lohnbewegungen vorging und der Steinsegerverband am betreffenden Orte vertreten war, so geschah es immer gemeinschaftlich und wir sind immer sehr gut miteinander ausgekommen. In Köln selbst liegen die Dinge anders. Wir haben zurzeit 10 bis 12 Regieplasterer und Kammer. In Frage kommen noch etwa 50 bis 60 Mann, die teils beim Gas- und Wasserwerk und teils bei der Straßenbahn in Arbeit stehen. Der Steinsegerverband kam hier bisher nicht in Frage. Zum großen Teil sind die Leute „christlich“ organisiert. Hier können wir unmöglich so lange warten, bis es dem Steinsegerverbande gelingt, die Leute zu gewinnen und von uns kann man nicht verlangen, daß wir anderen Verbänden das nach vielem Mühe gewonnene Terrain abtreten. Kollege Schäfer spricht sich sodann über die Resolution der Generalkommission aus und bezeichnet den 4. Absatz als eine Gefahr für unseren Verband, während er im übrigen zustimmt.“

Der Berliner Filialvortrag empfiehlt Verständigung von Organisation zu Organisation und von Fall zu Fall. Besonders sei Verständigung in diesem Sinne mit dem Steinsegerverband anzuraten. Der Absatz 4 der Resolution der Generalkommission erscheint für uns nicht annehmbar.

Wir glauben nur so die ganze Frage hinauszuschieben zu können, bis zu dem Zeitpunkt, wo die Lösung von selbst gegeben sein wird durch die sich notwendig herausbildende Organisation nach Industrie-Gruppen. Ein anderer Weg erscheint uns aussichtslos!

Außerdem wird noch bemerkt, daß für Berlin zurzeit kein Anlaß zu Grenzstreitigkeiten vorliegt.

Die Dresdener Kollegen vertreten den Standpunkt, daß ihrer Ansicht nach alle städtischen Arbeiter und Handwerker zu unserem Verbande gehören. Bezüglich der Steinseger und Kammer haben wir bisher noch keine Verluste gemacht, sie zu uns herüber zu ziehen und werden das auch in Zukunft nicht unternehmen, wenn sie nicht von selbst kommen.“

Mehrlein, Breslau: „Hier herrscht im allgemeinen ein gutes Einvernehmen. Die hiesigen Organisations- und Gauleiter verständigen sich in Besprechungen über die jeweilige Situation. Wir hatten nie Differenzen, auch nicht mit den Steinseger. Der bisherige Reizstand wird selbstverständlich anerkannt und soweit Überstürzte zu unserem Verbande aus anderen Verbänden erfolgten, geschah dies durchaus freiwillig und so konnten gar keine Grenzstreitigkeiten hier entstehen.“

Der Münchener Filialvortrag: „Von den Steinsegerern haben wir keine in unserer Filiale. Die von der Generalkommission vorgelegene Resolution finden wir nicht unrichtig. Was aber das Ultimatum des Steinsegerverbandes anbetrifft, so drängt sich uns unwillkürlich der Gedanke auf, als ob wir die Hausrechte dieses Verbandes sind, der uns vorschreiben möchte, was wir in unsere „Gewerkschaft“ zu schreiben hätten. Die Antwort aus dem „Geb.“ von „Verbindungen“ wäre zwar eine grobe, aber um so bezeichnendere für den Steinsegerverband. Wir sind, ebenso wie der Steinsegerverband, gewillt, das zu tun, was wir für unseren Verband für gut finden.“

Berthold, Leipzig: „Steinseger sind in hiesigen städtischen Betrieben nicht zu verzeichnen. Die vom Steinsegerverband gestellte Frage 1 verneine ich, weil wir sonst alle Agitation unter Handwerkern in Regiebetrieben unterlassen müßten. Zur Frage 2 halte ich es für ausgeschlossen, daß bei Arbeitseinstellungen unsere Mitglieder den Streikenden in den Rücken fallen würden.“

Der Verbandsausschuß in Hamburg: „In der Grenzstreitigkeitenfrage sind und bleiben für den Verbandsausschuß die Richtlinien maßgebend, welche auf der im Monat Mai 1904 stattgehabten Konferenz der Verbandsbeamten aufgestellt worden sind. Der Resolution der Generalkommission können wir in ihrem speziellen Teil also nicht zustimmen, uns eventuell auch nicht dadurch gebunden erachten. Die Frage 2 des Steinsegerverbandes wäre dahin zu beantworten, daß wir im Falle eines Streiks nicht zulassen werden, daß die bei uns organisierten Steinseger Streikarbeit verrichten.“

So und jetzt noch eine einstimmig beschlossene Resolution der Berliner Sektion der Englischen Gasarbeiter:

Die in der Sektion IV der Filiale Berlin des Verbandes der städtischen Arbeiter organisierten Arbeiter und Handwerker der Englischen Gasanstalten Berlins und Umgebung nehmen zur Frage der gewerkschaftlichen Grenzstreitigkeiten Stellung.

Sie erklären, daß sie im Verband der städtischen Arbeiter die für sie allein zuständige Organisation erblicken. Bei den eigenartigen Verhältnissen in den Englischen Gasanstalten würde eine Zerstückelung in verschiedene Organisationen nur eine Erhöhung und Schwächung ihrer Bestrebungen u. d. Verbesserung ihrer Lage bedeuten. Sie weisen aus diesem Grunde die Bestrebungen anderer Organisationen, einzelne Kategorien der Arbeiter resp. Handwerker für sich zu reklamieren, entschieden zurück.

\*) Abgedruckt mit dem dazu beschlossenen Zusatz im Nr. 12, 1906 der „Gewerkschaft“ erste Seite.



## Uniere Breslauer Prozesse

sind nun entschieden. Wir mußten eine ausführliche Wiedergabe wegen Raummanget zurückstellen. Der Prozeß, den der Breslauer Magistrat gegen uniere Medatour anstrengte, endigte mit unierer Verurteilung zu 200 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte fünf Monate Gefängnis beantragt. Der Vindener Prozeß führte zu einem Vergleich. Dies als vorläufige Mitteilung. Bemerkenswert an den Prozessen war einmal, daß dem Breslauer Magistrat vom Gericht attestiert wurde, daß trotz seiner bekannten Verhütung, wo nach das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter anerkannt werde, demnach wegen Ausübung des Koalitionsrechtes Entlassungen vorgenommen sind. Zum anderen konnten aber viele Zeugen vor Gericht nicht das anrecht erhalten, was sie in Versammlungen behaupteten und worauf sich insbesondere die Artikel, betreffend den Marktinspektor Goebel und den Gaswertinspektor Vindner stützten. Dieser Vorgang mahnt ernstlich dazu, in den Versammlungen und an die Redaktion nur volle Wahrheit zu berichten, die vor Gericht unter Eid erwiesen werden kann.

## Zur Lage der Gasarbeiter in Mainz.

### Handwerker.

Auch die Löhne der Handwerker sind sicher der Regelung bedürftig; sind doch die Anfangslöhne längst nicht mehr den in den betreffenden Verufen bezahlten entsprechend. So erhalten 3. W. Maurer im Gaswerk 4 Mk., steigend bis 4.70 Mk., nach dem Tarif aber für 10stündige Arbeitszeit 4.90 Mk., vom 1. März 1907 5 Mk. pro Tag. Dabei ist zu erwähnen, daß die beiden Maurer im Gaswerk II, trotzdem sie schon früher bei dem städtischen Hochbauamt mit 4.30 Mk. täglich beschäftigt waren, bei ihrem Ueber bezw. Neueintritt mit 4 Mk. anfangen mußten. Bei den Schmieden, Schloßern usw. ist es ähnlich. Hier ist der Anfangslohn sogar nur 3.00 Mk. und es gehen lange Jahre darauf, bis der Höchstlohn erreicht ist; dabei werden nur tüchtige, selbständige, über 21 Jahre alte Leute eingestellt. Die Maschinenisten und Heizer werden nach dem Tarif des Amtes für Maschinenwesen bezahlt, aber bis jetzt ist dieser trotz mehrfachen Verlangens noch nicht bekannt gegeben worden. Nur soviel weiß man, daß der Wochenlohn der Maschinenisten mit 30 Mk. anfängt und bis 38 Mk. steigt. Die Löhne der Heizer sind sehr unbestimmt und ist der Höchstlohn vorläufig 28 Mk., wenigstens wird nicht mehr bezahlt. Zu diesem Punkt erklären die Heizer, sie hätten vor einigen Jahren, als für sie Wochenlöhne eingeführt wurden, ein Schriftstück unterschrieben, in welchem ihnen ein Lohn von 27 Mk., steigend bis 34 Mk., wöchentlich zugesichert war, doch weiß niemand, wo dieses geblieben ist. Tam sind noch die Ammoniakarbeiter zu erwähnen; dieselben werden den Hofarbeitern entnommen, gehören aber ihrer Beschäftigung nach mehr zur vorstehenden Gruppe, mit welcher sie gleichen Schichtwechsel haben usw. Sie erhalten, solange der Apparat im Betrieb ist, eine tägliche Zulage von 20 Pf., und wird dieses so durchgeführt, daß, wenn während einer Schicht der Betrieb einige Zeit eingestellt wird, sofort auch die Zulage für die betreffende Zeit abgezogen wird. Ferner ist noch eine Gruppe zu verzeichnen: Hofarbeiter und Handwerker. Das sind Arbeiter, welche als Hofarbeiter eingestellt, aber die meiste Zeit in ihrem Verufe als Schneider, Fänger, Zimmerer usw. beschäftigt werden; dieselben erhalten zu ihrem Grundlohn als Hofarbeiter eine tägliche Zulage von 10 Pf., so lange sie ihre handwerklichen Arbeiten verrichten. Auch hier wird es ähnlich gehandhabt, wie oben bei den Ammoniakarbeitern. Es wäre doch ein Leichtes, die betreffenden Arbeiter als Handwerker in den Lohn-tarif einzuführen.

Aus unieren Ausführungen ist zu ersehen, daß noch sehr viel zu verbessern ist, und sollen sich die Kollegen fragen, wer hilft uns diese Verbesserungen durchführen? Antwort: Die Organisation. Leider stehen wir in Mainz vor der Tatsache, daß die Gasarbeiter sich in zwei Lager gespalten haben und gehören dieselben zur Hälfte unierem Verbands, zur anderen Hälfte zum Lokalverein, doch besteht die Hoffnung, daß eine Vereinigung herbeigeführt wird. Aber auch die organisierten Kollegen sollten mehr Selbstbewußtsein an den Tag legen, denn nur eine geschlossen dastehende selbstbewußte Arbeiterkategorie wird sich die nötige Achtung verschaffen. Aber auch bereits organisierte Arbeiter sollten sich immer mehr mit dem Geiste der Organisation vertraut machen. Die gewerkschaftliche Ueberzeugung muß gefestigt werden. Man muß wissen, warum man dem Verbands angehört. Nicht als Mode oder Zwangsache soll man die Verbandszugehörigkeit betrachten. Allerdings zwingen die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiter immer mehr zur Organisation, aber wir wollen doch weiter kommen. Es soll nicht nur die Not des Tages abgewehrt werden. Nein, wir wollen ein Fundament schaffen, auf dem sich eine bessere Zukunft aufbaut. Dazu brauchen wir Tatkraft, Opferfreudigkeit, solidarischen Sinn und gute gewerkschaftliche Ueberzeugung. —

## Aus unierer Bewegung.

**Vant-Wilhelms-haven.** Mit dem Ansdluß der hiesigen Gasarbeiter an unieren Verband ist zu erwarten, daß auch uniere Filiale sich mächtig heben wird. In der am 12. d. Mts stattgefundenen außerordentlichen Mitglieder Versammlung konnten wir beobachten, mit welchem Interesse und Selbstbewußtsein die Kollegen sich an dieser hochwichtigen Versammlung beteiligten. Gemeinde und Gasarbeiter waren bis auf den letzten Mann zur Stelle. Sollte man es aber für möglich halten, daß gerade Gemeinde- und Staatsarbeiter, wo die Entlohnung und Behandlung oftmals mehr wie miserabel ist, noch zu Tausenden abwärts der Organisation stehen?

Auch hier in Vant-Wilhelms-haven ist noch ein großes Stück Arbeit zu leisten und dazu ist tatkräftige Hilfe aller erforderlich.

Glaube keiner wenn er vielleicht im Staatsbetriebe beschäftigt ist, daß die Organisation überflüssig sei. Auch hier kann nur durch das Zusammenstreben aller eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt werden bezw. Verhältnisse heringehalten werden.

Heutzutage ist jeder Arbeiter, also auch der unorganisierte, der Gefahr ausgesetzt, ausgesperrt zu werden, seine Arbeitsstelle zu verlieren und vielleicht den Ort, wo er aufgewachsen ist, verlassen zu müssen. Der unorganisierte Arbeiter steht in einem solchen Falle gänzlich schutzlos da.

Während kein organisierter Kollege vor der äußersten Not gescheitert ist und sich um andere Arbeitsgelegenheit bemühen kann.

Darum Kollegen seid unermüdet bestrebt, die Organisation weiter auszubauen, lege daher keine der Hände müßig in den Schoß, sondern beteilige sich lebhaft an allen Angelegenheiten, welche zur inneren Kräftigung der Organisation beitragen.

**Breslau. Ueber Gemeindefasialismus und seine Bedeutung für die Gemeindegewerkschaften** sprach am 2. April im großen Saale des Gewerkschaftshauses der Reichstagsabgeordnete P. u. S. Dessau. Er leitete die Entwicklung, die Aufgaben der Gemeinden und deren Vertreter, sowie diejenigen der städtischen Arbeiter dar. Der Referent führt u. a. aus: Die Gemeinde der Gegenwart sei in rascher Entwicklung im Sinne des sozialistischen Aufbaues begriffen, wenn auch die Gegner dies bestritten. Wo Sozialdemokratie in den Gemeinderäten sitzen, und sie starke Helfer der Magistrate gegen ein beschränktes Spiechertum. Dabei vermögen sie im Rahmen der Gemeinden manches durchzuführen, was für den Staat noch nicht durchzuführen ist. Die in mächtiger Entwicklung begriffene Gemeindegewerkschaft bietet uns Sozialisten die rechte Gelegenheit zur praktischen Verwirklichung unserer Grundsätze, schon in der Gegenwart. Eine große Reihe von Problemen, die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses drängen in der Gemeinde schon auf eine Lösung in unmittelbarer Gegenwart. Wie von den freien Gewerkschaften, deren Mitglieder Arbeiter sind, eine viel freiere und geradere, nicht von den Gewerkschaften der Ausbeutung diktiert, sondern von genossenschaftlicher, bündelnder Meinung ausgehende Auffassung des Arbeitsverhältnisses verlangt wird, so muß das erst recht von den Zwangs-genossenschaftlichen erwartet werden, deren Mitgliedschaft der am Orte oder im Lande wohnenden Staatsbürger identisch ist.

Das Koalitionsrecht der Gemeindegewerkschaften ist unerlässlich, weil Klarheit über die besonderen Interessen einer Arbeiterkategorie und die Macht, sie im vollen Maße ihrer Vertretung zu vertreten, nur durch die Organisation erdaffen werden kann. Deshalb muß das Koalitionsrecht zur Koalitionspflicht werden, das heißt, jeder Arbeiter muß von Gesetzes wegen Mitglied der Verufsorganisation werden, die berufen ist, die besonderen Interessen einer Arbeiterkategorie darzustellen und zu vertreten. Diese Forderung ist keine heberische; die Freie gegen den Kollegen ist des Arbeiters größte Tugend und er muß sie betätigen, wenn er nach seine Klasse vorwärts kommen will. Bisher haben ja die anderen allein die Macht in den Händen gehabt, warum haben sie nicht gute Verhältnisse zu schaffen vermodt? Deshalb sollte niemand von „hergeleiteten Agitatoren“ reden; wer in Verfolgung seiner staatsbürgerlichen Rechte handelt, sollte von jeder Verhöhnung geachtet und respektiert werden. Die Leiter von Stadt und Gemeinde sind doch dazu da, die Rechte auch der Arbeiter zu schützen, dafür werden sie bezahlt.

Die Behandlung der menschlichen Arbeitskraft als käufliche Ware ist innerhalb der Gemeinde grundsätzlich aufzugeben.

Medner erörtert sodann die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeiterkategorien. Nicht jeder Arbeiterausfluß kann indes als angemessene Arbeitervertretung angesehen werden.

Zum Schluß kommt Medner auf die Zusammenziehung der Gemeindegewerkschaften und die Stadtverordnetenwahlen zu sprechen. Die Vertretung der öffentlichen Abmimmung in ein dringendes Bedürfnis, doch sei auch bei öffentlicher Abmimmung von den Gemeindegewerkschaften zu fordern, daß sie von ihrem Stimmrecht entsprechend Gebrauch machen. Der Vortrag fand vielen Beifall. In der sich daran knüpfenden Debatte beteiligten sich die Kollegen Wobaupt, Reichelt, Studt und Jensch. Alle Disputationsredner

überdies die Breslauer Verhältnisse und ermahnten zum Zusammenhalt.

Wolf, Hütter und Hartwig rügten besonders scharf, daß die Arbeiterausschüsse, die uns am 1. Januar versprochen sind, und von denen sich die drei Genannten vielen Nutzen versprechen, noch immer nicht in Kraft getreten sind, ja daß die Zahlen noch nicht einmal ausgeschrieben seien! Nach einem Schlußworte des Kollegen Mecklein endete die gut verlaufene Versammlung. Mehrere Neuaufnahmen sind zu verzeichnen.

**Dresden.** Am 10. April fand unsere, leider schwach besuchte Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Der bevorstehende Verbandstag in Mainz. Wahl von vier Delegierten zu demselben. Verbandsangelegenheiten. An der Hand der Statutenvorlage besprach Kollege Fischen die Aufgaben des diesjährigen Verbandstages. Ingeheim der Beschlüssen unseres Verbandes von verschiedenen Seiten, seien auf dem Verbandstage schwebende Fragen zu erledigen. Fast keine es, ob nicht nur die Stadtverwaltungen, sondern leider auch die verschiedenen Gewerkschaften für unseren Verband ein Ausnahmegesetz schaffen wollten. Würden wir den, in der Resolution der Zentralvorstände-Konferenz gefaßten Beschlüssen voll nachkommen, so sei dies der Anfang von unserem Ende. Doch sei hier heute nicht der Ort, die Sachen zu erledigen und könne er daher dem neuen § 3 der Statutenvorlage nur ganz zustimmen. Jedenfalls werde auch der Verbandstag diesen Paragraphen ohne Veränderung annehmen.

Er besprach dann die übrigen Punkte der Vorlage. Nächstlich des Umstandes, daß in Dresden schon die Erwerbslosen-Unterstützung eingeführt sei, ist es wohl selbstverständlich, daß wir dieser Unterstützung zustimmen. Ueberhaupt könne man mit der ganzen Statutenvorlage im allgemeinen einverstanden sein.

Die nun folgende Debatte brachte eine Reihe von Änderungs- vor schlägen und Anträgen. An anderer Stelle werden diese zum Abdruck gelangen. Waren die Kollegen so ziemlich mit der Vorlage zufrieden, so konnten sie mit den vorgeschlagenen Unterstützungsätzen und der Beitragsregelung nicht einverstanden sein. Vor allem seien die Unterstützungen zu hoch. Unser Verband brauche zur Stärkung seiner Aktionsfähigkeit ganz bedeutende Mittel. Man dürfe nicht alles zur Unterstützung verwenden. Eine Ermäßigung der Sätze nach unserer Dresdener Zusage sei daher notwendig. Aus Grund unserer Erfahrungen können wir sagen, daß man selbst bei 40 Pfg. Beitrag die vorgeschlagenen Sätze nicht zahlen könne. Ober könne man später etwas zulassen, wenn die Massenverhältnisse es erlaubten. Die Sterbesteuer bedürfe ebenfalls einer Revision. Die Steigerung sei zu hoch. Ebenfalls müsse man den Ehegatten die Möglichkeit geben, den Anspruch auf die Sterbenunterstützung aufrecht zu erhalten.

Nach der Statutenvorlage soll die Delegiertensteuer wegfallen. Damit wären die Versammelten durchaus nicht einverstanden. Sie konnten nicht verstehen, wie man einen Beitrag, der so alt wie der ganze Verband sei und der sich eingebürgert habe, beseitigen wolle. Auf der anderen Seite aber sollen in Notfällen Ersatzsteuern erhoben werden. Da solle man doch lieber einen schon lange bestehenden Beitrag weiter beibehalten. Ebenfalls war man mit der Erhöhung der Mitgliederzahl, welche einen Delegierten zu wählen hat, nicht einverstanden. Bei dieser großen Zahl, 500, würden sehr viele Filialen nicht in die Lage kommen, jemals einen Delegierten zu erhalten. Auf alle Fälle müsse hier der Verbandstag eine andere Norm schaffen. Eine ganze Reihe Wünsche und Vorschläge wurden noch den zu wählenden Delegierten mit auf den Weg gegeben.

Als Delegierte kommen acht Kollegen in Vorschlag. Gewählt wurden die Kollegen Altemann, Pfeiffer, Fischen und Günther. Die nächsthöheren Stimmenzahlen erhielten Fegold und Hhle und sind diese daher als Stellvertreter zu bezeichnen.

In Verbandsangelegenheiten gab Kollege Fischen den Massenbericht auf das erste Vierteljahr. Von jeher ist dieses immer das ungünstigste gewesen. Das spiegelt sich auch in den Massenverhältnissen wieder. Trotzdem können wir mit dem Ergebnis zufrieden sein. Daß die Einnahmen aus den Beiträgen etwas niedrig wären ist auf die schlechten Erwerbsverhältnisse in diesem Winter zurückzuführen. Es sind eingegangen 188 Eintrittsgelder von männlichen und 30 Eintrittsgelder von weiblichen Mitgliedern; zusammen 218. An Mitgliederbeiträgen 6836 M., an Delegiertenbeiträgen 108 M., Beiträge für das Arbeitersekretariat 102 M., diverse Einnahmen 136 M., Gesamteinnahme in diesem Quartal 7103 M.

Die Gesamtausgabe beträgt 5191 M. am Orte und 1953 M. an die Hauptkasse, zusammen also 7144 M. Die Ausgaben sind demnach um 41 M. höher als die Einnahmen. Der Vorkostenanteil der Ausgaben beanspruchten die Unterstützungen. Sie verteilen sich mit 2223 M. auf Krankenunterstützung und 333 M. auf Arbeitslosenunterstützung. An Agitationsausgaben sind 245 M. zu verzeichnen. An sachlichen Verwaltungsausgaben sind 281 M. und als Entschädigung an die Bezirksämter 663 M. verausgabt worden.

Die höchste Zahl der Arbeitslosen in einer Woche war 42, die niedrigste 1.

Die höchste Zahl der Kranken war 38 in einer Woche mit 265 Unterstützungsagen, die niedrigste Zahl 21 mit 122 Unterstützungsagen.

Die Bilanz stellt sich wie folgt:

Gesamteinnahme mit dem Bestand vom letzten Quartal 10080,73 M.	
Gesamtausgabe " " Anteil der Hauptkasse . . . 7111,97 "	
Bestand . . . 8935,76 M.	

Gegen das vorige Quartal hat sich also der Bestand um 40,96 M. verringert. Wir müssen aber berücksichtigen, daß wir gerade in diesem Vierteljahr infolge der Neueinrichtung des Bureau eine Reihe Ausgaben hatten. Wäre das nicht gewesen, so könnte trotz der gewaltigen Ausgaben für Unterstützungen noch ein Ueberschuß verzeichnet werden. Auf Grund dieser Tatsachen können wir dieses Quartal trotz alledem als ein günstiges bezeichnen.

Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild:

Am Schluß vorigen Quartals 1200 männl. und 30 weibl.	
Eingetreten im Quartal . . . 188 " " 30 "	
Zusammen 1388 männl. und 60 weibl.	
Gestrichen und ausgetreten . . . 135 " " 15 "	
Verbleiben 1253 männl. und 45 weibl.	
Zusammen 1298 Mitglieder.	

Zum Schluß wurde noch der Ausperrung der Metallarbeiter und des Streiks der Landschaftsgärtner, welche auch Mitglieder unseres Verbandes in Mitleidenschaft gezogen hat, gedacht. Ferner wurde noch bekannt gegeben, daß sich zwei städtische Laternenwärter soweit erniedrigt haben, den streikenden Gärtnern in den Rücken zu fallen. Jedoch gehören diese beiden Herren unserer Organisation nicht an. Nachdem noch die Mitglieder ermahnt wurden, für besseren Versammlungsbesuch zu sorgen, denn der heutige Versuch sei beschämend, erreichte die Versammlung nach dreistündiger Dauer ihr Ende.

**Tüßeldorf.** Die Mitgliederversammlung vom 8. April besetzte sich zunächst mit einem Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters, worin dieser zum Ausdruck bringt, daß die Arbeiter viel besser fortzukommen und bedeutend mehr erreichen, wenn sie ihre Beschwerden und Wünsche nicht gemeinschaftlich, sondern einzeln ihren Vorgesetzten vortragen. Ueber diese Meinung fand eine längere Aussprache statt die ergab, daß die Versammlung anders über diesen Punkt denkt. Der Standpunkt, daß jeder Arbeiter sich mit jedem Anliegen, welches das Arbeitsverhältnis betrifft, einzeln an seinen Vorgesetzten wenden soll, ist in jeder Beziehung veraltet. Schon mit Rücksicht auf das Bestreben, den kollektiven Arbeitsvertrag oder Tarifvertrag immer mehr zur Geltung zu bringen, nehmen organisierte Arbeiter einen anderen Standpunkt ein. Das Arbeitsverhältnis, seine Verbesserung oder die Bekämpfung von Mißständen in ihm, ist eine Sache, die nicht den einzelnen Arbeiter allein, sondern die Gesamtheit etwas angeht. In der Praxis würde der Standpunkt des Herrn Oberbürgermeisters sich ganz und gar nicht bewähren. Bereits der Herr Invektor des Anrufapparates hat schon die Worte gesprochen, daß wenn jeder einzeln käme, er die Beschwerden hantweise zu regeln hätte und damit nie fertig würde. Es kommt aber noch ein anderer sehr wichtiger Umstand in Frage: Die Arbeiter sind einzeln gar nicht in der Lage, ihre Wünsche wirksam zu vertreten oder Beschwerden so vorzutragen, daß deren Abhilfe zu erwarten ist. Manchem fehlt überhaupt die Fähigkeit derartigen Dinge zum Ausdruck zu bringen. Wieder andere wagen es gar nicht, in diesem Sinne sich an einen Vorgesetzten zu wenden. Deshalb hielten die Versammelten daran fest, in dem Verbands der Gemeindegewerkschaft ihre beste und sicherste Vertretung zu erblicken.

Über ein Bericht der Vorgesetzten über eine geradezu ungläubliche Maßnahme der Stadtverwaltung, die darin besteht, fremde und ausländische Arbeiter in großer Anzahl für städtische Arbeiten einzustellen, wo doch so viele Einheimische arbeitslos seien. Alsdann wurden einige Angehörige befragt, die der Fabrikarbeiterverband in seiner Agitation erfaßte. Die Wahl zum Verbandstage ergab, daß Kollege Schäfer Noll und Kollege Heberling als Ersatzmann gewählt wurde. Nachdem erfolgte die Beratung der Entlage zum Verbandstage.

**Groß Berlin.** Für den Unterstützungsfonds gingen ein: Heberling vom Kammerball, von Zektion I Teget (Gaswerk) 77,10 M., von Zektion III Teget (Wasserwerk) 50 M.

**Halle.** Eine am 7. April tagende Mitgliederversammlung besetzte sich mit dem Antwortschreiben des Magistrats auf unsere Petition für allgemeine Lohnhebung von 3 Pfg. pro Stunde. Der Vorgesetzte, Kollege Ehrlich, legte den Anwehrenden dar was uns veranlaßt, allgemeine Lohnzulage zu fordern. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und sogar die höchsten Beamten der Stadt um Zulage eingeladen. Die Petition habe dem Magistrat und dem Stadtwereordneten Kollegium vorgelesen und ist dem Magistrat als Material überwiesen worden. Der Magistrat aber hat nicht mehr, als in einem Schreiben an unseren Aktivierenden sein Wohlwollen für die städtischen Arbeiter auszusprechen, aber Lohnhebungen kamen nicht. Die Versammlung erbat in diesem Sinne von Herrn den Schreiben eine arge Enttäuschung und gab ihre Meinung in folgender Resolution Ausdruck: „Die heute am 7. April tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben des Magistrats, kann sich aber mit dieser wohlwollenden Berücksichtigung allein nicht einverstanden erklären.“



vielmehr der Ansicht, daß ohne die künftige Bekämpfung des Wohlwollens die schlechte Lage der städtischen Arbeiter nicht verbessert werden kann. Die Filialleitung wird daher beauftragt, in aller nächster Zeit eine öffentliche Versammlung zu arrangieren und geeignete Schritte zu unternehmen, um den Wünschen der städtischen Arbeiter mehr Geltung zu verschaffen. Zum Punkt 2. Verbandsangelegenheiten fand eine umfangreiche Diskussion statt, in welcher die Hauptrolle, der zukünftige Vertrag, verschiedene Meinungen zu Tage forderte.

**Mitgliederversammlung vom 11. April.** Zur Statutenvorlage des Hauptvorstandes wurden verschiedene Anträge auf Änderungen gestellt. Als Delegierter erhielt der Kollege Ulrich 66 Stimmen; er bedauerte, daß die anderen Filialen ihm auf sein Schreiben in bezug auf Delegiertenwahl nicht geantwortet haben. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die Eingabe, betr. die Arbeitsordnung, welche die Filialleitung an das städtische Elektrizitätswerk gerichtet hatte, von Erfolg gekrönt war. Am letzten Vortag wurde durch Anschlag bekannt gegeben:

- Es wird ein allgemeiner Zusatztag gewährt:
  - 1. pro Mann und Woche 70 Pf.
  - 2. Sonntagsarbeit sowie Nebenstunden pro Stunde 10 Pf.
  - 3. Restloswerker erhalten pro Stunde 10 Pf.
  - 4. Auszubildender pro Stunde 5 Pf.
- Man sieht daraus, daß Einigkeit doch zum Ziele führt. —

**Hannover. (Verichtigung.)** In Nr. 15 der „Gewerkschaft“ ist leider eine Unrichtigkeit unterlaufen, denn die Straßenkehrer erhalten einen Lohn von 32-36 Pf. per Stunde und nicht wie da steht 25-28 Pf. Die älteren Leute bekommen ja den hiesigen Lohn von 1,50-2,20 Mk. pro Tag.

**Forsheim.** Außerordentliche Versammlung am 14. April. Die beiden ursprünglich vorgesehene Referenten Kollegen Altwater Stüttgart und Arbeitersekretär Jaas Forsheim konnten beide nicht erscheinen. Kollege Altwater war in Mühlhausen i. G. unabhörmlich. Dafür sprach der frühere Vorsitzende und Gründer unserer Filiale Genosse Paul Leishhorn über die Bedeutung unserer Organisation. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und eine rege Diskussion schloß sich daran. Kollege Girbach gab darauf seinen Bericht über die Verrechnung mit dem Herrn Oberbürgermeister wegen der Lohnauszahlungen in der Theaterstraße und knüpfte hieran ein Referat über die städtischen Lohnverträge sowie über den Lohnstarif für sämtliche städtischen Arbeiter, welcher am 1. Oktober 1906 in Kraft treten soll. Die Aussprache gestaltete sich äußerst lebhaft und besonders die Kollegen Abel und Pantel ermahnten alle Kollegen zum Anschluß an den Verband, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte. Nach einigen kräftigen Schlussworten der Kollegen Leishhorn und Girbach erfolgte mehrere Neuaufnahmen. Damit schloß die gutbesuchte Versammlung.

**Aus den Stadtparlamenten.**

**Lichtenberg bei Berlin.** Wir haben die Macht! Ein Kommunalmandat, der die öffentliche Stellungnahme der Arbeiterklasse herausfordert, spielte sich kürzlich im Lichtenberger Dorparlament ab. Der Tagesordnung stand die Etatsberatung. Der Gesamtarbeit schloß ab mit insgesamt 4 627 384 Mk. Vor der Beratung des Etats wurde die Wohnungsfrage geregelt. Der Antrag der Verwaltung, der sich mit dem sozialdemokratischen Antrage deckte, hatte vorgesehene für Schreibe eine Aufbesserung von 275 Mk. für Unterbeamte 150 Mk. Die Kommission setzte die Beträge auf 225 resp. 100 Mk. herab. Das Plenum ging weiter herunter auf 175, 150, 125 resp. 100 Mk. Dann kam die „Etatberatung“. Ein Hausagrarier beantragte ein bloc-Akademie. Gegen die Opposition der Sozialdemokraten nahm die bürgerliche Mehrheit diesen ungeheuerlichen Antrag an. In zula 20 Minuten war die ganze Geschichte erledigt. Der Zweck der Verwaltung war, die Sozialdemokraten zu verhindern, zu den einzelnen Teilen, speziell zu den sozialen Wünschen der Gemeinde und zu den Arbeiterverhältnissen zu sprechen. Anträge auf Verbesserung in diesen, wie schon vorher angekündigt war. Die bürgerliche Mehrheit hielt es im Interesse des Volkes für geraten die Sozialdemokratie mundtot zu machen. Man verfuhr nach dem Grundsatz, den ein Vertreter der Mehrheit den Sozialdemokraten gegenüber kürzlich nach einer Kommunalversammlung dahin präziserte:

Meine Herren, Sie können ja Anträge stellen, aber da wir die Macht haben, beschließen wir, wie wir wollen!

Wie nicht das kommunale Interesse, nicht das Gesamtwohl nicht Macht und Billigkeit kommt in Frage, die Macht des Geldbuchs entscheidet im Lichtenberger Dorparlament. Die sechs sozialdemokratischen Vertreter verließen nach dem Vergeltungsantrag, gegen den kein einziger Angehöriger protestierte, dementsprechend die „Veratung“. Die Wähler werden Gelegenheit finden, über den Kommunalmandat ihr Wort abzugeben.

**Totenliste des Verbandes.**  
**Johann Friedrich Stapelfeld, Hamburg**  
 † 12. April 1906 im Alter von 56 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!

**Filiale Mannheim.**

Dem Kollegen  
**Alvis Erlewein**  
 nebst Frau  
 zu dem am 19. April stattgefundenen **Dochzeitsfeste** bringen die herzlichsten Glückwünsche  
 Die Kollegen der Sektion  
 Installationsbetrieb.

**Hannover.**

Unserem Kollegen  
**Julius Hartenstein**  
 und seiner Frau  
 zu der am 16. April stattgefundenen **Dochzeit** nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.  
 Die Verbandskollegen  
 in Hannover.

**Filiale Mannheim.**

Dem Kollegen  
**Philipp Bohlsmitt**  
 nebst Frau  
 gratulieren herzlich zu der am 21. April stattgefundenen **Dochzeitsfeier.**  
 Die Kollegen der Sektion  
 Installationsbetrieb.

Unserem Kollegen

**Oskar Lehmann**  
 und seiner Frau  
 die herzlichsten Glückwünsche zu der am 30. April stattgefundenen **Dochzeit.**  
 Die Kollegen  
 in der 8. Revier Inspektion  
 Berlin.

Unserem Verbandskollegen

**Hermann Kühl**  
 die herzlichsten Glückwünsche zu seinem **25. jährigen Arbeitsjubiläum.**  
 Die Verbandskollegen  
 der Filiale Zettlin.

Dem Kollegen

**Fritz Grüneberg**  
 nebst seiner Frau  
 zu der am 21. April stattgefundenen **silbernen Dochzeit** die besten Glückwünsche.  
 Die Kollegen  
 der Sektion Charlottenburg.

Unserem Verbandskollegen

**Gustav Piepenhagen**  
 nebst Frau  
 die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer **Dochzeitsfeier.**  
 Die Verbandskollegen  
 der Filiale Zettlin.

Sanitätswarte 1905, Nr. 9

1904, „ 5  
 Wir bitten, uns jedes vorhandene und etwa überflüssige Exemplar sofort einzuliefern.  
 Der Verbandsvorstand.

**Achtung! Düsseldorf. Achtung!**  
 Am Sonntag, den 6. Mai, von nachmittags 4 Uhr ab,  
 feiert der  
**Verband der Gemeindefreier, Zahlstelle Düsseldorf**  
 im Lokale des Herrn Müller, „Zur Löwenburg“, am Zoologischen Garten, sein  
**II. Stiftungs-Fest**  
 bestehend in großer Beteiligung unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins und des Radfahrer-Clubs „Nemmel“ mit anschließendem großen **Festball.**  
 Zu reger Beteiligung ladet ein **Das Festkomitee.**

In Verbindung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbehörden beschafften Arbeiter und Unter Angestellten G. Hermann, Fernstraße 10, Düsseldorf, y. Ziegler, beide beim W. 30, Unterstraße 21. — Druck: Fernstraße 10, Düsseldorf, y. Ziegler, beide beim W. 30, Unterstraße 21. — Druck: Fernstraße 10, Düsseldorf, y. Ziegler, beide beim W. 30, Unterstraße 21.